

Haiti: Wahlen am Abgrund

Wahlen waren in Haiti immer kompliziert. Inmitten einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Krise entsandten die Vereinten Nationen im April 2004 eine Friedensmission nach Haiti, um die Situation zu stabilisieren und bei der Wahlvorbereitung zu helfen. Meinungsverschiedenheiten mit der provisorischen Regierung, politische Zersplitterung und Gewalt auf den Straßen führten dazu, dass der Wahltermin immer wieder verschoben wurde, zuletzt auf den 7. Februar 2006. Sollte kein Kandidat die Mehrheit erreichen, wäre dies eine historische Chance für die demokratischen Parteien, gemeinsam die Institutionalisierung der Demokratie einzuleiten.

Arnold Antonin

Haiti wird von einer der schwersten und verworrensten Krisen in ganz Lateinamerika erschüttert. Ihr Ursprung sind die Wahlen und, wenn man den Aussagen vieler Analytiker glaubt, liegt auch ihre Lösung in den Wahlen. Tatsache ist, dass in diesem Land die einzige Friedensmission der Vereinten Nationen in Lateinamerika präsent ist, die UN-Mission zur Stabilisierung Haitis (MINUSTAH). Ihre Aufgabe war, das nötige Sicherheitsklima für die Abhaltung von Wahlen vor dem 31. Dezember 2005 zu schaffen.

Obwohl die provisorische Regierung mit dem selben Ziel gebildet wurde, verging das Jahr 2005, ohne dass Wahlen stattgefunden hätten oder die dafür

Arnold Antonin: Haitianischer Wirtschaftswissenschaftler und Filmemacher. Dozent an der Staatlichen Universität von Haiti, Gründer und Leiter des Instituts *Centre Pétion Bolívar*.

Anmerkung: Die Arbeit am vorliegenden Artikel wurde Mitte Januar 2006 und damit vor den Wahlen abgeschlossen.

notwendige sichere Atmosphäre im Lande hergestellt worden wäre. Einen Tag, nachdem der Sicherheitsrat der UNO eine als Ultimatum zu verstehende Erklärung verlesen hatte, legte die haitianische Regierung schließlich den 7. Februar (den Tag, an dem der neue Präsident sein Amt hätte antreten sollen) als Datum für den ersten Wahlgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fest.

Werden diese Wahlen den Übergangszustand überwinden und die Demokratie in Haiti institutionell verankern?

Der Ursprung der Krise

Seit der Rückkehr von Jean-Bertrand Aristide aus dem Exil im Jahr 1994 wurde alle Wahlen angefochten. Der Sieg von René Preval im Jahr 1996 wurde mit dem Argument hinterfragt, dass die Wahlbeteiligung nur 15% betragen hatte. Die Legitimität der Wahlen im Jahr 2000, bei denen Aristide zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, wurde aus dem gleichen Grund in Frage gestellt. In diesem Fall betrug die Wahlbeteiligung nur 5%.

Einige Politiker betonen die fehlende Legitimität der gewählten Präsidenten bei solch niedrigen Wahlbeteiligungen. Ursache der derzeitigen Krise und Legitimationsgrundlage für die Opposition gegen Aristide sind jedoch die Wahlfälschungen bei den ebenfalls im Jahr 2000 durchgeführten Parlamentswahlen. Die Lavalas-Partei unter Führung Aristides erhielt bei dieser Wahl 100% der Parlamentssitze. Seitdem fanden unter Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mehrere Verhandlungsrunden statt, bei denen weder Ergebnisse erzielt noch irgend eine Vereinbarung unterzeichnet werden konnte. Unterdessen versuchte Aristide, die Regierung (den Premierminister) und das Parlament vollkommen unter seine Kontrolle zu bringen. Genau dieser Versuch jedoch war der Beginn seines Sturzes im Februar 2004, nachdem durch die bewaffneten Banden, mit denen er die ihm feindlich gesinnte Zivilgesellschaft zu terrorisieren und unter seine Gewalt zu bringen versuchte, die Unsicherheit auf den Straßen eskaliert war.

***Grundlage für die
Opposition gegen
Aristide sind die
Wahlfälschungen
bei den Parlaments-
wahlen 2000***

Am 29. Februar musste Aristide unter dem Druck einer massiven und friedlichen Volksbewegung und der Drohungen von bewaffneten Abtrünnigen,

der «*armée cannibale*», zurücktreten, nachdem sich letztere mit Gruppen von ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte verbündet hatte. Nach seiner Ausreise bildete sich eine Übergangsregierung mit dem Ziel, die Sicherheit wieder herzustellen und freie und glaubwürdige Neuwahlen zu organisieren, die in einem Zeitraum von 18 Monaten (bis Dezember 2005) zu einer rechtmäßigen Regierung führen sollten. Auf diese Weise wollte man den Amtsantritt eines neuen Präsidenten für den 7. Februar 2006 sicher stellen. Es handelt sich dabei um den Jahrestag des Sturzes der Duvalier-Diktatur, der in der Verfassung von 1987 für die Amtsübergabe festgelegt worden war.

Die Wahlen im Jahr 2005

Am 11. Februar 2005 veröffentlichte der Interimspräsident von Haiti, Boniface Alexandre, ein Wahldekret, das die Organisation von Neuwahlen vorschreibt. In diesem Dekret werden als Termine für die Kommunalwahlen der 9. Oktober, für den ersten Wahlgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen der 13. November und für den zweiten Wahlgang der 18. Dezember festgelegt. Am 25. April wurde offiziell mit der Einschreibung in das Wählerverzeichnis begonnen.

Bei diesen Terminen blieb es jedoch nicht lange. Im Einverständnis mit den politischen Parteien wurde am 22. August der Termin für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zum ersten Mal verschoben und zwar auf den 26. November. Gleichzeitig wurde die Frist für die Einschreibung der vom Haitianischen Statistikinstitut ausgewiesenen potenziellen Wähler ins Wahlregister verlängert. Trotz aller Schwierigkeiten hatten sich über 3,5 Mio. Wähler eingeschrieben. Am 17. November 2005 kündigte der Kabinettschef an, dass das Datum des ersten Wahlgangs der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zum zweiten Mal und zwar auf den 27. Dezember verschoben werde. Nur acht Tage später wurde eine dritte Terminänderung für den 8. Januar 2006 angekündigt. Und fünf Tage vor den Wahlen wurde eine weitere Verzögerung bekanntgegeben.

Dieses Chaos lässt sich im Wesentlichen mit Uneinigkeiten innerhalb des Wahlrats und dessen mangelnder Koordination mit der Regierung, der UN-Mission und der OAS erklären und führt zu einer Reihe von technischen Problemen, vor allem im Zusammenhang mit der Ausgabe der Wahlausweise, dem Mangel an Wahllokalen und deren ungünstiger Lage. Die Verantwortlichen der verschiedenen haitianischen und internationalen Institutionen wiesen sich gegenseitig die Schuld für diese Schwierigkeiten zu.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die Generalversammlung der OAS gaben getrennte Erklärungen ab, die aber in der Forderung übereinstimmten, dass die Wahlen spätestens am 7. Februar stattfinden sollten. Am darauf folgenden Tag bestimmte die haitianische Regierung ohne Rücksprache mit dem Wahlrat genau diesen Tag für die Wahlen.

Unabhängig davon, ob die technischen Schwierigkeiten überwunden und die Wahlen abgehalten werden können, bestehen die meisten Probleme weiter, da die Übergangsregierung sie nicht hat lösen können.

Die Herausforderungen für eine rechtmäßig gewählte Regierung

Die neue Regierung erbt ein Land, das sich in einer ähnlichen oder noch schlimmeren Situation befindet als das von Aristide hinterlassene. Die Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben und die völlig zerstörten Institutionen des haitianischen Staates von Grund auf neu zu errichten. Eine

Die Demokratisierung muss vorangetrieben und die völlig zerstörten Institutionen des haitianischen Staates von Grund auf neu errichtet werden

der wichtigsten darunter ist ein ständiger Wahlrat, der es erlaubt, die Institutionalisierung der Demokratie weiter auszubauen.

Seit dem Sturz Jean-Claude Duvaliers im Jahr 1986 wurden zwölf provisorische Wahlräte gebildet, sieben davon seit der Rückkehr Aristides aus dem Exil. Vor allem seit dem Rücktritt Duvaliers gerät Haiti jedes Mal in eine Krise, wenn Wahlen anstehen oder sich ein Machtwechsel abzeichnet. Die jeweiligen Regierenden sind nicht bereit, die Macht abzugeben und neigen im Allgemeinen zu einer von zwei Alternativen: Entweder weigern sie sich, Wahlen abzuhalten, oder sie benutzen den Staatsapparat dazu, diese zu fälschen. Parallel dazu lehnt es die jeweilige Opposition aufgrund der fehlenden Legitimität und des autoritären Verhaltens der amtierenden Regierung ab, deren Mandatsende abzuwarten. Die Situation der letzten 19 Jahre könnte zu der Schlussfolgerung führen, dass die Wahlen nichts weiter als eine Krisenursache sind und jeder Wahlprozess in der Regel eine Phase großer Unsicherheit darstellt.

Seit der Unabhängigkeit und bis zur Verfassung von 1987 waren die Wahlen von zweitrangiger Bedeutung: Intrigen und Machenschaften spielten sich

zwischen Parlament, Regierungspalast, Heer und (seit der militärischen Besetzung im Jahr 1915) den Vereinigten Staaten ab. Heute treten andere Akteure auf die Bühne: die Regierung, die Polizei - das Heer wurde aufgelöst-, die Bevölkerung allgemein, die organisierte Zivilgesellschaft, die politischen Parteien und die internationale Gemeinschaft. Letztere spielt eine herausragende Rolle, da die haitianische Krise sich seit der Rückkehr Aristides mit Hilfe der Intervention von 20 000 US-Marines zu einer internationalen entwickelt hat. Und eine weitere, sehr wichtige Figur ist der Provisorische Wahlrat (*Conseil Électoral Provisoire*). Obwohl er einen unparteiischen Schiedsrichter im Machtkampf darstellen sollte, hatte er bis heute in jeder Zusammensetzung mit genauso großen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die Wahlen selbst.

Einen Ständigen Wahlrat (*Conseil Électoral Permanent*), der laut Verfassung direkt nach den Wahlen von 1987 gebildet und alle zehn Jahre hätte erneuert werden sollen, gibt es bis heute nicht. Ein Teil seiner Mitglieder muss aus den bisher nicht konstituierten Territorial-Versammlungen (*Assemblées Territoriales*) hervorgehen. Der Ständige Wahlrat sollte ein Symbol für die Institutionalisierung der Demokratie und die ehrliche Bereitschaft zu periodischen Regierungswechseln darstellen. Die Tatsache, dass er bis heute nicht existiert, beweist, dass die Lage sich nicht geändert hat und die Regierungspolitik weiterhin daraufhin zielt, die Macht auf unbestimmte Zeit auszuüben, bzw. zu Wahlen aufzurufen und damit fortwährende Krisen heraufzubeschwören, wie es zur Zeit der Fall ist. Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, dass die Kommunalwahlen durchgeführt und dann die Territorial-Versammlungen konstituiert werden, damit schließlich der Ständige Wahlrat eingesetzt werden kann.

***Der «tropische»
 Terrorismus
 verschärfte den
 wirtschaftlichen
 Bankrott***

Ein weiteres relevantes Thema ist die innere Sicherheit. Am 30. September 2004 verübten die bewaffneten Banden, die von Aristide aus dem Exil geleitet werden, eine Welle von Terroranschlägen, die sie selbst «Operation Bagdad» nannten. Es handelt sich hierbei um einen Terrorismus «tropischen» Typs (mit anderen Charakteristika als der islamische), der sich gegen die Zivilbevölkerung des tiefer gelegenen Teils von Port-au-Prince richtet. Seitdem hat die Gewalt, unterbrochen nur von kurzen Zeiträumen relativer Ruhe, kein Ende gefunden.

Auf diese Weise hat Aristide offensichtlich einige der Hauptziele seiner Offensive mit Hilfe von bewaffneten Gruppen erreicht: die Verschärfung des wirtschaftlichen Bankrotts durch die Verhinderung einer Normalisierung des Handels



und der Produktion; die Lähmung der Wirtschaft und der öffentlichen Dienstleistungen; die allgemeine Angst, die die Wahlen und die Normalisierung des politischen Lebens erschwert; sowie die fortschreitende Ausschaltung der Polizei.

Eine der wirksamsten Waffen dieser Art von Terrorismus ist die Entführung von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, oft deren Folterung und Vergewaltigung, in einigen Fällen bis hin zum Tod. Im Juli kam es zu einem Höhepunkt mit der Entführung, grausamen Folter und Ermordung des Dichters und Journalisten Jacques Roche, die einen einstimmigen Sturm der Entrüstung in der Gesellschaft hervorrief. Damals reagierten die UN-Mission MINUSTAH und die Polizei und sicherten die Ruhe für etwa drei Monate. Gegen Ende des Jahres jedoch, als sich der Wahltermin näherte, nahmen die Entführungen wieder zu und erreichten im Dezember die Zahl von mehreren Hundert.

***Zur Bekämpfung
der Unsicherheit
werden eine
solide
ausgebildete
Polizei und eine
verlässliche
Justiz gebraucht***

Zur Bekämpfung der Unsicherheit wären eine solide ausgebildete Polizei und eine verlässliche Justiz - ein weiteres ungelöstes Problem - notwendig: Der jetzige Polizeiapparat verfügt über nur 4000 unzureichend ausgerüstete Beamte, ist seit Aristides Zeiten von Spitzeln unterwandert und von Korruption und Drogenhandel gezeichnet. Zudem wurden bereits 150 Polizisten auf offener Straße ermordet. Dies alles macht es äußerst unwahrscheinlich, dass die Polizei der Welle der Gewalt ein Ende setzen kann. Der erste Polizeichef während der Übergangsregierung, León Charles, erzielte keinerlei Ergebnis. Er wurde von Mario Andresol abgelöst, einem ehemaligen Polizeikommissar, der während der Aristide-Regierung im Exil gelebt hatte. Dieser übernahm das Amt mit großem Engagement, erreichte eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit der MINUSTAH und ergriff einige Maßnahmen, die die Gewalt zwischen August und Oktober eindämmten. Aber gegen Ende des Jahres erstarrte die Tätigkeit der Polizei wieder und die bewaffneten Banden eroberten verlorenes Terrain zurück. Nur das Viertel Belair konnte von ihnen befreit werden, der Rest der Hauptstadt, sowie Cité Soleil und La Saline, die größten Elendsviertel, werden weiterhin von Banden beherrscht, die die Bevölkerung unter ihrer Kontrolle halten.

Die Justiz ist eine weitere große Herausforderung. Nach Aussagen der wichtigsten Menschenrechtsgruppen hat sich auf diesem Gebiet nichts geändert,

auch wenn es keine direkten Übergriffe des Staates gibt. Korrupte Richter befreien weiterhin Kriminelle, die von der Polizei verhaftet werden. Diese verfügen dank der Geiselnahmen über große Geldsummen. Ein Beispiel dafür ist die Gruppe von Richtern des Kassationsgerichtshofes (einer Institution, die dem Obersten Gerichtshof entspricht), die aufgrund eines Urteils zugunsten eines Präsidentschaftskandidaten US-amerikanischer Nationalität der Korruption angeklagt und in Pension gezwungen wurden; ein Vorfall, der noch größere Unklarheit über die Gewaltenteilung in Haiti geschaffen hat.

Friedensmission, Wahlen und die Zukunft Haitis

Trotz einer Truppenstärke von 8000 gut bewaffneten Männern und einem Budget von bisher einer Milliarde Dollar ist der MINUSTAH die Stabilisierung und damit eine Normalisierung Haitis nicht gelungen. Nur in zwei Fällen reagierten die UNO-Truppen auf den Protest der Zivilbevölkerung gegen die ungeheuerliche Welle von Gewaltakten der bewaffneten Banden und ergriffen konkrete Kontrollmaßnahmen. Sie entwaffneten Gruppen von ehemaligen Militärangehörigen und verhafteten einige Bandenchefs, die die Bevölkerung der Hauptstadt terrorisierten. Diese Maßnahmen waren jedoch nicht von Kontinuität geprägt, und die Banden bildeten sich mit verstärkter Kraft neu. Sie vervielfachen ihre immer grausameren Angriffe vor allem in Form von Geiselnahmen, die sich inzwischen zu einer Art Industrie entwickelt haben.

Der MINUSTAH ist die Stabilisierung und damit eine Normalisierung Haitis nicht gelungen

Angesichts dieser Lage erhob sich Anfang Januar 2006 in allen Teilen der haitianischen Gesellschaft eine große Protestwelle gegen die Passivität und laxen Haltung der MINUSTAH. Ein Hinweis auf die in der UN-Schutztruppe herrschende Unsicherheit ist, dass ihr Kommandeur, der brasilianische General Urano Teixeira Da Matta Bacellar am 7. Januar tot in seinem Hotelzimmer aufgefunden wurde. Es wird angenommen, dass er Selbstmord begangen hat.

Trotz aller Fehler und des begrenzten Handlungsspielraums ist jedoch klar, dass eine neue, rechtmäßig gewählte Regierung weiterhin auf die Unterstützung der UNO-Mission angewiesen sein wird, um ein Minimum an Stabilität und den Übergang zu einer wirklichen Demokratie zu garantieren. Beispielsweise während sie die Polizei neu strukturiert oder ein neues Heer aufbaut, wie einige Kandidaten vorschlugen. Das wird keine einfache Aufgabe sein.

Der in der MINUSTAH für Wahlfragen Verantwortliche umschreibt die Problematik mit einer Metapher: «Die Wahlen in Haiti sind wie ein Fußballspiel in einem großen, erstklassigen Stadion mit einem Ball aus Gold und einem Schiedsrichter mit goldener Trillerpfeife, bei dem aber die Spieler - die politischen Parteien - barfuß und in Lumpen gekleidet aufs Spielfeld laufen.»

Die Parteien setzen ihren Wahlkampf ungeachtet der Unsicherheit fort. Fast keiner der 32 vom Provisorischen Wahlrat zugelassenen Präsidentschaftskandidaten hat seine Kandidatur zurückgezogen, um sich mit anderen politischen Kräften zusammen zu tun. Nur wenige haben sich in Blöcken zusammengeschlossen, ihre jeweiligen Kandidaturen jedoch aufrechterhalten. So erscheinen die Parteien gespalten und fraktioniert, trotz gewisser Illusionen von Einheit angesichts der Kandidatur des ehemaligen Präsidenten René Preval (1995-2000), der von Aristide als sein «Zwillingsbruder» bezeichnet wird. Auf ihn entfallen laut einer Umfrage der US-Botschaft 32% der Wählerabsicht.

Was die Zivilbevölkerung und die Organisationen um die Gruppe der 184 (eine von dem Textilunternehmer André Apaid angeführte, in Opposition zu Aristide stehende Gruppierung) betrifft, so zeigen sich hier schwerwiegende innere Probleme. Eine dauerhafte und repräsentative Struktur konnte nicht geschaffen werden, wodurch der Gruppe offensichtlich Mobilisierungskraft verloren ging. Eines ihrer führenden Mitglieder, Charles Baker, bewirbt sich als unabhängiger Kandidat. In der oben erwähnten Umfrage, die im November 2004 durchgeführt wurde, folgt auf den Favoriten Preval der Christdemokrat Leslie Manigat. An dritter Stelle erscheint der ehemalige Bürgermeister von Port-au-Prince, Evens Paul, auf dem vierten Platz der Sozialdemokrat Serge Gilles. Danach kommen zahlreiche Mitte- und Mitte-Rechts-Gruppen, Anhänger der Streitkräfte, der Duvalieristen und der Aristide treue Flügel der Lavalas-Partei.

Vor diesem Hintergrund wird sich erst in den Wahlen selber, wenn sie korrekt verlaufen, das Gewicht jeder dieser politischen Kräfte feststellen lassen. Wenn aus dem ersten Wahlgang kein eindeutiger Sieger hervorgeht, wäre dies vielleicht die Gelegenheit für alle demokratischen Parteien, sich zusammen zu tun, um den Übergang zur Institutionalisierung der Demokratie einzuleiten.